

### Die Ernährungsfrage im Reichshaushaltsauschuss.

N. Berlin, 26. Mai. (Preis-Zeit.)

Der Reichshaushaltsauschuss des Reichstages setzte heute die Beratung der Ernährungsfragen fort. Ein völksparteilicher Redner führte aus, daß nach der Bekanntmachung vom 15. April die Verfütterung von Kartoffeln erlaubt oder verboten werden könne. Jetzt sollte die Verfütterung verboten und alle verfügbaren Bestände der menschlichen Ernährung zugeführt werden. Zur Herstellung von Mehl oder Mehl verwandt werden.

Ein konservativer Abgeordneter erklärte, daß sich nicht alle Kartoffeln zur menschlichen Ernährung eignen. Der Redner machte längere Ausführungen, um die Berechtigung der Preisdifferenzen zu begründen. Die Geseftrenner hätten die Geseftpreise in die Höhe gesetzt, weil der Spiritus die Kosten nicht deckte. Wenn sie jetzt Preiserhöhung für Spiritus verlangten, so müßte der Geseftpreis herabgesetzt werden.

#### Ein Sozialdemokrat klagte über die ungleichmäßige Versorgung mit Kartoffeln.

In München z. B. sollen die Einwohner sich für sechs Wochen im Voraus versorgen. Die Gemeinden wurden aufgefordert, bis 1. Mai endgültig ihren Bedarf anzumelden. Bis jetzt wissen sie aber nicht, wieviel sie bekommen werden. Die übermäßige Erhöhung der Kartoffelpreise hätte Verwirrung gebracht. Es seien Kartoffeln zurückgehalten worden. Die betreffenden Kreise hätten Ähnungen, die sich wohl dadurch erklären, daß die Sachverständigen, die die Regierung beraten, zugleich Interessenten seien.

Unterstaatssekretär v. Stein betont, es seien ausreichend Kartoffeln vorhanden, aber kein Ueberfluß. Ein anderer Regierungsvertreter führte aus, im Winter habe die Sorge bestanden, daß für die Brennereien nicht genügend Kartoffeln wegen zu starker Verfütterung vorhanden sein würden. Aus diesem Grunde erfolgte die Preiserhöhung, die den erwünschten Erfolg gehabt habe. Wir würden nicht nur den Heeresbedarf, sondern auch den der Fabriken, Apotheken, Zigarette usw. decken können, und auch für Beleuchtungswecke wäre ein erhebliches Quantum vorhanden sein. Ob Kartoffelbrandwein freigegeben werden könne, stehe nicht fest. Die vorhandenen Kartoffelbrandweinvorräte reichten zur Versorgung des Heeres aus. Ein Verfütterungsverbot für Kartoffeln sei bereits erlassen.

Ein Regierungsvertreter teilte mit, daß selbstverständlich ein

#### festes Maß für die Spiritusverwertung

und Verteilung aufgestellt werden müsse. Die landwirtschaftlichen Motoren sollten statt mit Spirit mit Benzin gespeist werden. Auch die landwirtschaftlichen Arbeiter sollten sich bereit finden, in dieser knappen Zeit auf den Genuß von Branntwein auch während der Ernte zu verzichten. Bevorzugungen oder Benachteiligungen von Augen seitern fänden nicht statt.

Ein konservativer Redner betonte, denjenigen Wirtschaften, die nichts anderes zum Füttern haben als Kartoffeln, müsse man solche lassen. Der Spiritus müsse dort verwendet werden, wo er am nötigsten sei, zuerst für das Meer und dann für die landwirtschaftlichen Motoren.

Ein nationalliberaler Abgeordneter wünschte Aufhebung der Höchstpreise für Frühkartoffeln.

Ein Sozialdemokrat verlangte eine Änderung des Spiritusgesetzes, um die Rückstände der Zellstoffabriken nutzbar zu machen.

Ein Regierungsvertreter betonte, daß Melasse möglichst zur Spiritusbrennerei verwendet werden soll. Die Herstellung von Spiritus aus den Rückständen der Strohkraftfutterfabriken, aus Holz, weiter von Zuder aus Holz, werde zum Herbst möglich sein.

Ein völksparteilicher Abgeordneter wandte sich gegen die Methode der Spirituszentralen, die Produktionskosten der einzelnen Betriebe nachzuprüfen und danach Preise zu zahlen. Man sollte lieber die Geseftpreise herabsetzen. Ein konservativer protestierte dagegen und forderte Schutz der landwirtschaftlichen Brennereien, um die Kultur der leichten Böden aufrecht zu erhalten. Ein Sozialdemokrat begrüßte es, daß die Regierung endlich daran gehe, auch andere Stoffe als Kartoffeln zur Spiritusfabrikation zu verwerten.

#### Die Erörterung wandte sich darauf der Viehhaltung

zu. Der Berichterstatter teilte mit, daß der Rindviehbestand um 2.1 Prozent seit dem 1. Dezember 1915 zurückgegangen und daß der Rückgang am größten beim Kuhvieh sei. Der Kalberbestand sei um 41 Prozent gewachsen. Bei den Schweinen ist ein Rückgang um 22 Prozent, bei den Ferkeln ein Zuwachs zu verzeichnen. Zunächst bedeutet das eine Verbesserung der Versorgung mit Schweinefleisch nach Verlauf von dreierhalb Jahren. Beim Rindvieh werde diese Frist noch länger dauern. Für die nächste Zukunft ist daher möglichst Einschränkung des Verbrauchs geboten. Beim Heere haben Einschränkungen stattgefunden, dagegen bei den Gefangenen nicht in dem Maße wie bei der Zivilbevölkerung. Jetzt sollten die Vorräte an Dauerwaren und Konserven verbraucht werden. Das Hauschlachtverbot wird angegriffen. Man dürfe nicht vergessen, daß der kleine Mann für das ganze Jahr einschlächte.

Ein konservativer Redner wünschte, daß das Verbot erst durch Ueberwachung der Hauschlachtungen. Höchstpreise für Ferkel seien nicht zweckmäßig. Die Reichsfleischkarte werde, wie er fürchte, den erwarteten Erfolg nicht haben.

Ein Nationalliberaler meinte, daß der Vergleich der Bestände vom 1. Dezember 1915 und 15. April 1916 hindeute. Man muß den 15. April 1915 zum Vergleich heranziehen. Wir stünden um etwa 8 Millionen ungünstiger da als vor Jahres-

frist. Die Höchstpreise für Schweine trügen davon die Schuld. Mit dem Rindvieh stehe es günstiger. In nächster Zukunft würden die Vorräte knapper sein. Eine Besserung wäre herbeizuführen durch Massenspeisung und Einführung fahrbauer Küchen. Dazu sollten Mittel bewilligt werden. Schon viel früher hätte man Ferkelhöchstpreise einführen sollen. Die jetzigen Phantasiepreise würden abschreckend auf die Aufzucht. Bei der Bestandsaufnahme müßten auch die Privat Haushaltungen einbezogen werden, sonst entstehe kein richtiges Bild. Das Hauschlachtungsverbot sei verfehlt. Der Zwischenhändler und Aukläufer habe vielfach zu viel verdient. In Ostpreußen hätten sie von der Militärverwaltung 8 Prozent und von der Landwirtschaftskammer ebenfalls erhalten also 6 Prozent, an anderen Orten jedoch 5 Prozent. An Weibegeld werde von der Militärverwaltung für Erhaltungsfutter 1.15 Mk. bezahlt pro Haupt und Tag. An anderen Orten wieder nur 88 Pfennig. Darüber wird Auskunft erbeten.

Ein völksparteilicher Abgeordneter, her dem Kaufmannsberuf angehört, war der Meinung, daß alle Nahrungsmittel, auch die aus dem Auslande, schon längst hätten beschlagnahmt werden sollen, um Preistreibern zu verhindern. Die P. S. G. und die Heeresverwaltung hätten einander gegenseitig die Preise getrieben. Für Wild und Fische mit Ausnahme von Seeftischen sollten allgemein Höchstpreise festgesetzt werden. Man solle eine staatliche Zuchtzentrale für Schweine

mit Prämiensystem einrichten.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß für die Gegenwart die Ausfichten für die Schweinezucht schlecht, für die Zukunft besser sind.

Die Zahl der Zuchtsauen ist günstig. Die jüngeren haben um 88 Prozent zugenommen. Ferkelhöchstpreise würden ungünstig wirken. Ein generelles Hauschlachtungsverbot sei nicht erlassen. In diesen Tagen werde das bestehende Verbot aufgehoben, aber die Hauschlachtungen genehmigungspflichtig gemacht werden. Dem übermäßigen Abschachten der Kälber werde entgegengetreten werden. Die Militärbehörde habe ihre Ansprüche auf Schlachtung von Rindern bereits ernähigt. In Provisionen für die Händler würden für Rinder 8 bis 8 1/2 Prozent gewährt, bei Kälbern 6 bis 7 Prozent, bei Schweinen 4 bis 5 Prozent, für die Sammelstellen kommen eins bis zwei Prozent hinzu.

Ein Sozialdemokrat führte aus, daß über das Funktionieren der Viehhändlerverbände, das für die Fleischversorgung von größter Wichtigkeit sei, schwere Klagen vorliegen. Die Provisionen für die Vermittler seien vielfach zu hoch, besonders bei dem Weibevieh steigen sie bis 18 Prozent. notwendig sei eine sehr strenge Kontrolle. Aufreizend und erbitternd wirke es, daß man aus Spekulationsgründen Fleisch verderben lasse. Der sogenannte Kettenhandel viele hierbei eine große Rolle.

Ein Zentrumsabgeordneter verlangt für den Fall der Einführung von Höchstpreisen für Südwasserfleisch auch Höchstpreise für Seeftische und tadelt die mangelhafte Bewirtschaftung des Fleisches. In Bayern sei der Rückgang an Vieh erheblich größer als in anderen Teilen des Reiches. Nur an Schafen sei der Zuwachs größer. Es müßte also zunächst Bayern entsprechend geschont werden. Die Kriegsgefangenen sollten ausreichend versorgt werden, aber nicht besser als unsere eigenen Arbeiter.

Ein Vertreter der Zentral-Einkaufsgesellschaft betont, es müsse der Grundsatz durchgeführt werden, daß nur ein Käufer auftrete, da sonst die Preise in die Höhe getrieben und doch keine größeren Mengen hereingebracht würden. Die Heringspreise seien allgemein gestiegen. In Norwegen sei eine Menge Heringe in festen Händen.

Der Redner der Deutschen Fraktion wünschte Verschärfung der Ueberwachung der Speisewirtschaften bei der Innehaltung der fleischlosen Tage.

General von Oven teilt mit, daß gegen Fahrlässigkeit und Rohheit bei Viehtransporten auf das schärfste eingeschritten werde.

Ein Zentrumsabgeordneter erklärt, was zur Verbesserung der Versorgung in den zwei nächsten Monaten geschehen könne, sei beschränkt. Ganze Eisenbahnzüge von hochtragenden Kühen seien geschlachtet und in den Konservenfabriken verarbeitet worden. Der Verkehr zwischen Produzenten und Konsumenten müsse abgeklärt werden.

Der Staatssekretär erklärte, daß für die Zentral-Einkaufsgesellschaft Konzentration durchaus notwendig sei, wenn etwas Ersprießliches geleistet werden solle; das sei durch die Erfahrungen erwiesen.

Ein Regierungsvertreter führte aus, daß die vorhandenen Konserven zur Aufbesserung der Ernährung dienen sollen. Die Bestandserhebung über die Konserven werde etwa am 5. Juni abgeschlossen sein. Die Konserven sollten gegen vorhandene Fleischmengen angerechnet werden. Die Verdienste der Aukläufer seien mit 8 Prozent nicht überhoch.

Ein Sozialdemokrat erklärte es für nicht rationell, bei knappem Futter gubiel Vieh zu halten. In der

#### Organisation des Viehhandels

stehe ein großer Fehler und zwar, weil die Verbindung zwischen Produzenten und Händlern ohne Aufsicht sei und weil die Gemeinden und die Konsumenten nicht vertreten seien. Die Viehpreise seien gegenüber den Kornpreisen zu hoch. Jeder Wirrwarr werde aufhören, sobald die Preise für Korn, Futter und Vieh in ein richtiges Verhältnis gebracht würden. Man müßte die allgemeine Fleischkarte einführen. Der Redner fragt, wie das Kriegsministerium an Wertheim Waggon von Fett liefern könne. Die Ueberspannung des Waggons, den Einkauf in einer Hand zu behalten, führe zu Mißständen. Schon im Interesse ihres guten Rufes sollte die Landbevölkerung darauf bringen, daß auch bei ihr die Bestände aufgenommen würden.

Der Staatssekretär erklärte, es handle sich darum, den richtigen Weg zu finden, um möglichst viel hereinzubringen. Die Valutafrage habe nicht dazu geführt, auch nur in einem einzigen Falle die Einfuhr zu hindern oder zu verzögern.

Ein Regierungsvertreter führte aus, daß die Schuld der mangelnden Fleischlieferung für die Großstädte nicht bei den Viehhandelsverbänden liege. Die Neuumlage für den 15. Juni beginne, den 1. Juli sei um 50 Prozent gekürzt, die aber durch Verbandschweine gedeckt werden könnten. Die Lieferung an Berlin hätte sich in der letzten Woche gebessert. Die früheren Schlachtungen gäben ein Bild des Bedarfs und würden als Unterlage der Verteilung bis in die Gemeinden benutzt. Jetzt würden den Regierungsbegirten oder Provinzen die Mengen zugewiesen, die sie dann nach dem Bedarf der einzelnen Bezirke zur Unterbreitung brächten. Außerdem verteilte die Zentralstelle an Groß-Berlin, die Regierungsbegirte Oppeln, Arnberg usw. eine kleinere Menge zur Aufbesserung.

Die Weiterberatung wurde darauf auf Samstag vormittag vertagt; vorher Feststellung des Berichts über die Kriegsstauer.